

Recht und Steuer

Schwerpunkte der steuerlichen Gesetzgebung bildeten die Unternehmensteuerreform 2008 und das Jahressteuergesetz 2008. Im Rahmen der Unternehmensteuerreform nahm der DRV zu wichtigen Themen wie Einführung einer Zinsschranke, Neuregelung der Bewertung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Verlustabzugsbeschränkung und Hinzurechnung im Rahmen der Gewerbesteuer Stellung gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Politik, insbesondere dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Der DRV hat sich für eine vernünftige Ausgestaltung eingesetzt. Die weitere Umsetzung schwieriger steuerlicher Fragen, insbesondere zu Verlustabzugsbeschränkungen, wird auch 2008 die Arbeit der DRV-Abteilung prägen.

Das Jahressteuergesetz 2008 bringt Lasten für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, schwerpunktmäßig die Definitivbesteuerung alter EK-02-Bestände sowie die Verschärfung der Missbrauchsregelung im Rahmen der Abgabenordnung. Mit Eingaben an das BMF und den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages konnte zur Definitivbesteuerung zumindest durch optionale Anwendung von altem und neuem Recht eine Erleichterung für steuerfreie Genossenschaften im landwirtschaftlichen Bereich erreicht werden. Zur steuerlichen Arbeit des DRV zählten zudem die üblichen Arbeitshilfen für die Energiesteuer und die Klärung von Einzelfragen, z. B. den Umsatzsteuersatz für Rapsöl oder Scannerleistungen bei Zuchtsauen oder Maissilage.

Als Konsequenz der Novelle des Genossenschaftsgesetzes wurden in Ergänzung zu den Satzungsänderungen die Mustergeschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat angepasst. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Überarbeitung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) für das Warengeschäft und die Sektoren Obst und Gemüse sowie Wein einschließlich der Erarbeitung eines Merkblatts zur Einführung von AGB. Damit erfolgte die dringend notwendige Anpassung an die laufende Rechtsprechung. Weitere Aktivitäten lagen in der rechtlichen Begleitung der Novellierung der Gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse sowie zusätzlich in der Anpassung der Satzung und der Geschäftsordnungen an Anforderungen für die demokratische Kontrolle.

Die Verhandlungen zu den Vertriebsverträgen Kartoffelsaatgut, die Klärung rechtlicher Fragen im Falle von Milchlieferverweigerung und eine Vielzahl von Einzelfragen, beispielsweise zur Vertragstreue, zum Nachbauseaatgut, zur Heizöllieferung und vieles andere mehr, runden die Arbeit der Abteilung ab.

RAin Birgit Buth

Lebensmittelrecht

Im Jahr 2007 waren das Verbraucherinformationsgesetz, das am 1. Mai 2008 in Kraft getreten ist, und die angekündigte Novelle der Verpackungs-Verordnung wichtige Themen für die genossenschaftlichen Unternehmen. Aber

auch die Grüne Gentechnik bleibt ein Dauerthema für den DRV und seine Mitgliedgenossenschaften (siehe Artikel Gentechnik und GVO-Zulassung, Seite 13).

Verbraucherinformationsgesetz

Im Gesetzgebungsverfahren hat der DRV nachdrücklich auf eine praxisgerechte Berücksichtigung betrieblicher Belange gedrängt, um den Informationswünschen der Verbraucher und den legitimen Schutzinteressen der Unternehmen gerecht zu werden. Gemeinsam mit anderen Wirtschaftsbeteiligten hat der DRV darauf aufmerksam gemacht, dass sich viele behördliche Ermittlungen in der Vergangenheit nach näherer Prüfung als unbegründet erwiesen haben. Die vorschnelle, ungeprüfte Offenlegung angeblicher Rechtsverstöße kann für Unternehmen unumkehrbare und existenzgefährdende Konsequenzen haben. Der DRV erwartet, dass zukünftig die Sachverhaltsaufklärung jedes einzelnen Falles mit Sorgfalt, Verantwortungsbewusstsein und Sensibilität durchgeführt wird und behördliche Schnellschüsse vermieden werden.

Verpackungs-Verordnung

Nach der Novelle der Verpackungs-Verordnung müssen zukünftig alle Verpackungen, die zu privaten Haushalten gelangen, bei dualen Systemen lizenziert werden. Die geplante Beteiligungspflicht an einem Entsorgungssystem soll grundsätzlich dem Erstinverkehrbringer auferlegt werden. Der DRV hat 2007 mehrfach gegenüber der Bundesregierung ausgeführt,

dass eine Regelung, die für die Produktgruppen Obst, Gemüse, Blumen und Pflanzen sowie für den Weinsektor den Letztinverkehrbringer zum Entgeltpflichtigen macht, unerlässlich ist. Nur so können die bestehenden Wettbewerbsnachteile der im Inland ansässigen Produzenten gegenüber Nichtzahlern aus dem Ausland beseitigt werden. Der DRV wird weiterhin auf Korrekturen drängen.

Dr. Claudia Döring

Verkehr und Logistik

Im Jahr 2007 ist die Güterverkehrsleistung in Deutschland erneut um 6,9 Prozent gestiegen und liegt nun bei 661 Mrd. tkm. Wichtigster Verkehrsträger ist mit über 70 Prozent der Lkw. Die Bahn transportiert 18 Prozent, das Binnenschiff etwa 10 Prozent aller Güter.

Obwohl kontinuierlich an Alternativen gearbeitet wird, sind die genossenschaftlichen Unternehmen in erheblichem Maße vom Straßentransport, seinen Unwägbarkeiten und den ständig steigenden Kosten abhängig. Verlagerungen auf Schiff und Bahn sind ohnehin nur bei Massengütern möglich; zudem müssen Absender und Empfänger über die entsprechenden Infrastrukturanbindungen verfügen, die wiederum nur bei hoher Auslastung wirtschaftlich betrieben werden können.

Für die Unternehmen erwächst aus den steigenden Treibstoffkosten, der Erhöhung der Mautsätze und dem Preisanstieg für Neufahr-